dbb
beamtenbund
und tarifunion
landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
D – 55118 Mainz

Postfach 17 06
D – 55007 Mainz

Telefon 06131.61 13 56
Telefax 06131.67 99 95
post@dbb-rlp.de

verantwortlich :
Malte Hestermann

Nr.01/2008 Mainz, 07.03.2008

Fünfte Tarifrunde für Bund und Kommunen in Potsdam

Tarifverhandlungen gescheitert

dbb gegen Junktim zwischen Arbeitszeit und Einkommenserhöhung

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen sind gescheitert.
In der letzten von insgesamt fünf Tarifrunden haben die Arbeitgeber in Potsdam heute die Schlichtung angerufen und offiziell das Scheitern der Verhandlungen erklärt.
Nach den Warnstreiks der vergangenen Tage ist ein flächendeckender Streik jetzt nur noch zu verhindern, wenn in der Schlichtung eine Lösung für die verfahrene Tarifsituation gefunden wird.

Die Bundestarifkommission der dbb tarifunion, in der auch die dbb-Landesvorsitzende Brigitte Stopp Mitglied ist, erteilte „kuhhandelartigen Koppelungsgeschäften“ eine klare Absage.
Die Arbeitgeber hatten die Bereitschaft zu einer nicht näher bezifferten Einkommenserhöhung an die Bedingung geknüpft, dass die Gewerkschaften in Bezug auf die Arbeitszeit Zugeständnisse machen.
„Das lehnen wir entschieden ab“, sagte Brigitte Stopp in Potsdam. Die dbb-Bundestarifkommission bewerte das Verhalten der Arbeitgeberseite als Spielen auf Zeit. In fünf Verhandlungsrunden hätten sie kein „ordentliches“ Angebot vorgelegt. Offensichtlich drücke man sich vor ernsthaften Verhandlungen. „Da kann man den Eindruck bekommen, dass die Arbeitgeber gar keinen Abschluss erreichen wollten“, so Brigitte Stopp. Die Schlichtung werde die dbb tarifunion sehr ernst nehmen, die Gewerkschaft sei dabei aber auch arbeitskampfbereit, um nötigenfalls entschlossen für wirkliche Einkommensverbesserungen einzutreten.

Als Schlichter stehen der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) und der ehemalige Oberbürgermeister von Hannover, Herbert Schmalstieg (SPD) zur Verfügung.
Die Arbeitnehmerseite hatte in den bisherigen Tarifrunden 8 Prozent mehr Geld, mindestens aber 200,-- EUR mehr im Monat gefordert. Die Arbeitgeberseite bot nur 5 Prozent, verteilt auf zwei Jahre und verbunden mit längeren Arbeitszeiten.

presse dienst